

Sozialausschuss

Protokoll Nr. SOA/06/2021

**über die öffentliche Sitzung des Sozialausschusses am 09.11.2021,
Ahrensburg, Peter-Rantzau-Haus, Manfred-Samusch-Str. 9**

Beginn der Sitzung : 19:30 Uhr
Ende der Sitzung : 21:40 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Frau Doris Brandt

Stadtverordnete

Frau Susanna Hansen
Herr Stephan Lamprecht
Herr Detlef Levenhagen
Herr Ali Haydar Mercan
Herr Bela Randschau
Herr Wolfgang Schäfer
Herr Wolfdietrich Siller
Frau Silke von Stockum
Herr Nils Warnick

i. V. f. Frau Schilling

i. V. f. Herrn Stukenberg

Bürgerliche Mitglieder

Frau Claudia Brüggemann
Frau Magdalena Hansen
Frau Cornelia Schüller-Ehmsen

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Henning Rohwedder

Behindertenbeirat

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Frau Tanja Eicher
Frau Cornelia Beckmann
Herr Michael Cyrkel
Frau Caroline von Lowtzow
Herr Fabian Dorow
Frau Silva Krause

Bürgermeister
FBL III
FDL III.2
FDL II.4
FD III.3/Jugendpflegerin
Stabstelle Demografie u. Presse
FD III.2/Protokollführerin

Gäste

Frau Dorothea Schmidt

Netzwerk Migration u. Integration
bis TOP 8

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Frau Kirstin Schilling
Herr Michael Stukenberg

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit
3. Einwohnerfragestunde
4. Festsetzung der Tagesordnung
5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2021 vom 14.09.2021
6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung
 - 6.1. Berichte gem. § 45 c GO - k e i n e -
 - 6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen
 - 6.2.1. Aufhol- und Digitalisierungszuschuss für die Kitas
 - 6.2.2. Sprachfachkräfte
 - 6.2.3. Stellenplan Kitas
 - 6.2.4. Geschwisterermäßigung in der OGS
 - 6.2.5. Nutzung der Hausmeisterwohnung an der Grundschule Am Reesenbüttel
 - 6.2.6. Freizeitfahrtenförderung
 - 6.2.7. Schulsozialarbeit - Aufholzuschuss
 - 6.2.8. Schulsozialarbeit an der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule
 - 6.2.9. Schulsozialarbeit an der Grundschule Am Reesenbüttel
 - 6.2.10. aktuelle Situation Asyl und Unterbringung
 - 6.2.11. Bauprojekt Bogenstraße
 - 6.2.12. Bildungskarte BUT – Kreis Stormarn
7. Schulsozialarbeit Grundschule Am Schloß

- | | | |
|------|--|--------------------|
| 8. | Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung
- Zwischenbericht über Phase 1-4 des Projekts (I)
- Empfehlungen der Planungsgruppe/Inklusionsbüro/Inklusionsbeauftragung (II.)
- Fazit/Fördermittel (III.) | 2021/033 |
| 8.1. | Änderungsantrag Integrationsbeauftragte/r der LINKEN. | AN/070/2021 |
| 9. | Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts | 2021/087 |
| 10. | Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022/2023 | 2021/089 |
| 11. | Anfragen, Anregungen, Hinweise | |

1. Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Um 19:30 Uhr begrüßt die Ausschussvorsitzende alle Ausschussmitglieder, Gäste sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung und eröffnet die Sitzung.

2. Feststellung der Beschlussfähigkeit

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

3. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

4. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vertreter der Fraktion DIE LINKE. beantragt, Frau Schmidt vom Netzwerk Migration und Integration als sachkundige Bürgerin zuzulassen.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Ein Vertreter der CDU-Fraktion beantragt, den TOP 8 heute nur zu beraten und die Beschlussfassung auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses zu verlagern.

Abstimmungsergebnis: 9 dafür (4 CDU, 3 Bündnis 90/Die Grünen, 1 WAB, 1 FDP)
1 dagegen (DIE LINKE.)
3 Enthaltungen (3 SPD)

Die Ausschussmitglieder stimmen über die Tagesordnung ab.

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

5. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 04/2021 vom 14.09.2021

Gegen die Niederschrift werden keine Einwände erhoben.

6. Berichte/Mitteilungen der Verwaltung

6.1. Berichte gem. § 45 c GO

— *k e i n e* —

6.2. Sonstige Berichte/Mitteilungen

6.2.1. Aufhol- und Digitalisierungszuschuss für die Kitas

Beide städtische Kitas erhalten über das Bundesprogramm Sprach-Kita in 2021 sowie 2022 jeweils einen Digitalisierungszuschuss von 900 € für die Anschaffung von Hard- und Software sowie einen Aufholzuschuss von jeweils 3.400 € (2021) und 3.200 € (2022) für die Anschaffung von Lernmaterial sowie zusätzliche pädagogische Angebote.

Weiterhin hat die Verwaltung für beide Kitas im Rahmens des KiTa Aktionsprogramm 2021 bis 2023 Fördermittel für zusätzliche Aktivitäten beantragt.

6.2.2. Sprachfachkräfte

Die seit dem 15.02.2020 vakante Stelle der Sprachfachkraft in der Kita Schäferweg konnte zum 01.11.2021 neu besetzt werden. Weiterhin ist es gelungen, über ein zusätzliches Fördermodul für die Kita Pionierweg eine zusätzliche Sprachfachkraft ab 01.11.2021 zu gewinnen.

6.2.3. Stellenplan Kitas

Der Stellenplan 2022/2023 wurde im Kitabereich angepasst (entsprechend der Verträge / Mitarbeiter). Aufgrund von Änderungen der Randzeiten ist im bisherigen Stellenplan für jede Einrichtung eine zusätzliche Vollzeitstelle möglich. Diese wurde nicht aus dem Stellenplan gestrichen, denn für befristete Stellen ist eine Nachbesetzung aussichtslos.

In der Kita Schäferweg sind derzeit fast fünf Vollzeitstellen unbesetzt, davon drei befristet. Zum 01.12.2021 konnte eine Sozialpädagogische Assistentin in Vollzeit unbefristet gewonnen werden. Trotzdem kann es immer wieder zu Einschränkungen der Betreuungszeiten kommen. In der Kita Pionierweg fehlen derzeit fast vier Vollzeitstellen, zwei können nur befristet besetzt werden. Deshalb werden aktuell nur 15 statt 20 Krippenkinder betreut.

Stellenanzeigen laufen auf diversen Plattformen, auch in den Printmedien wurde heute wieder eine Anzeige geschaltet.

6.2.4. Geschwisterermäßigung in der OGS

Die Fachplanungsgruppe II hat sich wieder intensiv mit der Geschwisterregelung für OGS-Kinder auseinandergesetzt. Es gibt die Empfehlung, dass die Geschwisterregelung ab 01.02.2022 durch den Kreis zu leisten ist. Auch die Runde der Bürgermeister / Amtsvorsteher hat sich hierfür ausgesprochen. Der Kreis Stormarn wurde beauftragt, die Kosten entsprechend darzustellen, auch welche finanzielle Auswirkung die Erhöhung der Geschwisterermäßigung von 50 % auf 70 % hat, weiterhin welche Kosten für die Übernahme der Kosten für die einkommensabhängige Förderung anfallen würden. Der Kreis hat eine entsprechende Vorlage am 27.09.2021 im Jugendhilfeausschuss beraten. Leider ist diese Vorlage falsch (u. a. falsche Fachkraftquote). Die Fachplanungsgruppe II hat den Kreis aufgefordert, dies in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 15.11.2021 klarzustellen bzw. nachzubessern. Die Verwaltung bittet die Fraktionen ihre politischen Kreisvertreter darauf hinzuweisen, um ggf. doch noch zu erreichen, dass die OGS-Kinder ebenfalls eine analoge Sozialstaffel durch den Kreis erhalten.

6.2.5. Nutzung der Hausmeisterwohnung an der Grundschule Am Reesenbüttel

Die ehemalige Hausmeisterwohnung in der Grundschule Am Reesenbüttel wird jetzt von der Jugendpflege genutzt und gemietet. Seit dem 19. Oktober 2021 sind dort zwei Praktikantinnen des Bruno-Bröker-Haus aus Esplugues untergebracht. Sie werden für zwei Monate bleiben. Ab dem 1. Dezember 2021 wird das Bruno-Bröker-Haus dort noch einen internationalen Bundesfreiwilligen aus Armenien unterbringen. Er wird für ein Jahr tätig sein.

6.2.6. Freizeitfahrtenförderung

Die Stadt Ahrensburg fördert Jugendfreizeitfahrten. Der Kreisjugendring Stormarn ist mit der vollständigen Abrechnung und Abwicklung beauftragt. Nun hat der Kreisjugendring in Abstimmung mit dem Kreis Stormarn ein voll-digitales Antragsverfahren vereinbart, das papierlos ist und dadurch weniger Aufwand bedeutet und Ehrenamts- und Jugendfreundlich ist. Die Stadt wird sich diesem digitalen Verfahren anschließen.

6.2.7. Schulsozialarbeit - Aufholzuschuss

Die bestehenden Dienstverträge der beiden Schulsozialarbeiterinnen an der Grundschule Am Hagen und in der Stormarnschule sollen mit Mitteln aus dem Aktionsprogramm um 5,75 Wochenstunden auf 35 Wochenstunden aufgestockt werden, siehe Beschluss vom 14.09.2021. Auf die Bewilligung aus dem Aktionsprogramm wird noch gewartet.

6.2.8. Schulsozialarbeit an der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule

Eine zusätzliche halbe Stelle Schulsozialarbeit an der SLG war bis zum 31. Oktober ausgeschrieben und kann hoffentlich zeitnah besetzt werden.

6.2.9. Schulsozialarbeit an der Grundschule Am Reesenbüttel

Die Schulleitung der Grundschule Am Reesenbüttel hat mit Schreiben vom 29.10.2021 einen Mehrbedarf an Schulsozialarbeit angemeldet und eine zusätzliche Stelle beantragt. Aktuell gibt es dort eine 0,7 Stelle.

6.2.10. aktuelle Situation Asyl und Unterbringung

Grundlage des Kreises Stormarn für die Quotenberechnung sind per 11/2021 aktuell 206 (Vormonat 199) zugewiesene Asylbewerber; Flüchtlinge, Spätaussiedler und Familiennachzüge, davon 60 Personen (27 Zuweisungen, fünf Umverteilungen) in 2021. Unter den Zuweisungen sind auch zwei Familienzweisungen mit 12 Personen von afghanischen Flüchtlingen, die im Rahmen des Sonderprogramms für afghanische Ortskräfte nach Deutschland kommen konnten.

In der Quote des Kreises Stormarn liegt die Stadt damit aktuell per 11/2021 bei $\cdot 8$ (Vormonat $\cdot 12$). Die negative Quote führte in den letzten sechs Wochen zu zwei Zwangszuweisungen des Kreises von Familien, die im Kreis Stormarn untergebracht werden müssen, aber für die sich keine geeignete Kommune fand. Die Zuweisungen von Flüchtlingen hat in den letzten Wochen spürbar zugenommen und die ehemals mitgeteilte Planzahl von 40 Flüchtlingen / Jahr ist per Stand heute mit 60 zugewiesenen Personen bereits deutlich überschritten.

Gleichzeitig möchte ich mitteilen, dass wir per 10/2021 219 Personen an unterschiedlichen Stellen im Stadtgebiet ordnungsrechtlich als wohnungslose Personen untergebracht haben. Mit den zugewiesenen Flüchtlingen erreichen wir damit über 400 Personen in städtischen Notunterkünften. Auf die weitere Notwendigkeit und das Vorhalten von Unterbringungsmöglichkeiten (Bestehende wie Neubauprojekte) weist die Verwaltung in dem Zusammenhang hin.

6.2.11. Bauprojekt Bogenstraße

Die Vorschlagsrechte sind im städtebaulichen Vertrag geregelt. Für den 1. Förderweg werden die Wohnungen in Zusammenarbeit mit dem FD. II.4 auf Vorschlag der Stadt belegt. Im 2. Förderweg sucht der Investor selber und muss aber belegen, dass Ahrensburger den Vorrang erhalten.

6.2.12. Bildungskarte BUT – Kreis Stormarn

Kinder und Jugendliche, die im Bezug von SGB II-Leistungen (Arbeitslosengeld II), SGB XII (sog. Grundsicherung), Wohngeld oder ergänzend zum Kindergeld einem Kinderzuschlag erhalten, haben einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen für Bildung und Teilhabe. Diese Leistungen umfassen:

- Klassenfahrten und Schulausflüge
- Persönlicher Schulbedarf
- Schülerbeförderung
- Lernförderung
- Mittagsverpflegung
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Von diesen Leistungsarten hat der Kreis Stormarn die drei Leistungsarten Lernförderung, Mittagsverpflegung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben ausgesucht, um zukünftig über eine Bildungskarte abrechnen zu lassen. Er hat dafür einen Anbieter ausgesucht und erwartet nunmehr von den Kommunen, dass diese mit diesem Anbieter entsprechende Dienstverträge abschließen. Von allen Gemeinden hat bislang nur die Stadt Bad Oldesloe und das Amt-Bad Oldesloe Land, sowie das Job-Center Stormarn solche Verträge geschlossen.

Als Leistungsanbieter (KITA-Träger) ist Ahrensburg bei der Bildungskarte erfasst. Unstrittig ist, dass die Einführung zu einem Mehraufwand für die Kommunen führen wird, da entsprechende Personendaten und Bewilligungszeiträume in zwei EDV-Systemen erfasst werden müssen, um u. a. gesetzliche Vorgaben für statistische Zwecke zu erfüllen. Der Kreis hat eine vertragliche Regelung mit jeder Kommune bislang verworfen, da sich daraus aufgrund des Konnexitätsprinzips Forderungen der Kommunen gegenüber dem Kreis Stormarn ergeben könnten.

Ahrensburg wird daher bislang keinen gesonderten Vertrag mit SODEXO schließen. Wichtig ist, dass kein leistungsberechtigtes Kind verloren geht. Jeder berechnete Haushalt (Wohngeld, Asyl, SGB XII) wird mit Flyer über die Möglichkeiten der Kostenübernahme informiert und erhält durch die zuständigen Sachbearbeiter Unterstützung bei der Antragstellung.

7. Schulsozialarbeit Grundschule Am Schloß

Die Verwaltung führt in die Vorlage ein. Ziel ist ein harmonischer Übergang unter Berücksichtigung der Belange der dort jetzig beschäftigten Schulsozialarbeiter. Weiterhin wird durch die Erweiterung um eine 0,5 Vollzeitstelle das Verhältnis von Schüler*innen und Vollzeitkraft verbessert (von 444 auf 296).

Abstimmungsergebnis: Alle dafür

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, gemeinsam mit der AWO Soziale Dienstleistungen gGmbH ein Konzept zur Überleitung der Schulsozialarbeit in städtische Trägerschaft zu entwickeln. Das Konzept wird zur Beschlussfassung vorgelegt.
2. Zur Unterstützung der Grundschule Am Schloss im Bereich der Schulsozialarbeit wird empfohlen, insgesamt 1,5 Stellen im Rahmen des Stellenplans 2022/23 als Voraussetzung für die einheitliche Trägerschaft der Schulsozialarbeit an den Ahrensburger Schulen zu schaffen.

- 8. Aktionsbündnis für Teilhabe und Beteiligung**
 - Zwischenbericht über Phase 1-4 des Projekts (I)- Empfehlungen der Planungsgruppe / Inklusionsbüro/Inklusionsbeauftragung (II.)
 - Fazit/Fördermittel (III.)

8.1. Änderungsantrag Integrationsbeauftragte/r der LINKEN. AN/070/2021

Herr Sarach gibt einen Zwischenbericht zu den bereits umgesetzten Maßnahmen. Zunächst ging es um die Klärung von Begrifflichkeiten. Auch wurden die Fragen: Wohin soll es gehen? Was können wir leisten? Was müssen wir leisten? betrachtet. Von Seiten der Verwaltung wurde ein Gerüst geliefert. Der Prozess muss nun weiter vorangetrieben werden. Ob das vorhandene Personal ausreicht, sollte zu gegebener Zeit beraten werden.

Die Verwaltung ergänzt, dass sich die Arbeitsmethode an der Formulierung von Ist-Thesen orientiert. Diese sind einer sehr lebendigen Arbeit entstanden und nun mit empirischen Daten zu füllen. Weiterhin werden unterschiedliche Empfehlungen gegeben, wie Einrichtung eines zusätzlichen Beirates für Teilhabe und Vielfalt, den Einsatz eines Inklusionsbeauftragten im Rahmen eines Inklusionsbüros. Weiterhin sollen Drittmittel ausgelotet werden.

Der Vertreter der Fraktion DIE LINKE. erläutert den Antrag vom 08.11.2021 sowie deren Kurzfristigkeit. Aus seiner Sicht muss eine hauptamtliche Stelle geschaffen werden. Die vorhandene hauptamtlich halbe Inklusionsstelle sollte um eine volle Integrationsstelle erweitert werden.

Ein Vertreter der CDU-Fraktion bringt diverse Fragen vor. Was sind die Aufgaben eines Inklusionsbüros, gibt es konzeptionelle Anforderungen, wie sieht die Stellenbeschreibung des im Antrag geforderten Integrationsbeauftragten aus, wer ist für die Auswahl der Kooperationspartner zuständig, gibt es andere Kommunen in Schleswig-Holstein oder in einem anderen Bundesland, die schon Erfahrungen in diesem Bereich haben, soll bei Querschnittsaufgaben alle Verwaltungsbereich einbezogen werden, warum wurde das Budget bislang nicht genutzt und ist verfallen? Es gibt für die CDU-Fraktion diverse Fragen, die eine heutige Beschlussfassung unmöglich machen.

Ein Vertreter der SPD-Fraktion weist darauf hin, dass das Ehrenamt bereits seit Jahren signalisiert, die Aufgaben nicht mehr allein bewältigen zu können. Daher wird dringend eine hauptamtliche Unterstützung benötigt. Deshalb hat die SPD-Fraktion zusammen mit der Fraktion DIE LINKE. den Antrag vom 08.11.2021 heute in den Sozialausschuss eingebracht.

Die Ausschussvorsitzende bittet die Verwaltung um Einbindung des Sozialausschusses bei Schließung der Kooperationsvereinbarung. Weiterhin wirft sie Fragen zur Barrierefreiheit auf. Welche Projekte sollen dort ausgesucht werden? Sind diese bezahlbar? Gibt es personelle Kapazitäten im Bauamt?

Herr Sarach stellt klar, dass es sich bei der Thematik Barrierefreiheit nicht nur um bauliche Maßnahmen handelt, zumal diese bereits im Rahmen der Städtebauförderung gefordert werden. Die heute hier vorgebrachten Fragen werden nach und nach in enger Abstimmung mit der Politik beantwortet werden. Der Sozialausschuss wird in wichtige Entscheidungen eingebunden. Derzeit ist es aus seiner Sicht wichtig, die Fördervoraussetzungen für die Teilnahme am Förderprogramm „Inklusion Ort“ zu schaffen.

Eine Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Fragen zu den Ist-Thesen und deren Belegbarkeit. Die Verwaltung weist darauf hin, dass diese in einem anschließenden Beteiligungsverfahren mit den jeweiligen Zielgruppen abgestimmt und mit validen Daten gefüllt werden. Zudem wird es Richtigstellungen geben müssen. Die Ausschussvorsitzende ergänzt, dass die Ist-Thesen mit den Fachabteilungen bzw. fachkundigen Stellen wie z. B. der Kreis Stormarn bzw. die Kassenärztliche Vereinigung abgeglichen werden sollten.

Der Vertreter des Behindertenbeirates, der seit Beginn als fachkundiger Bürger am Aktionsbündnis teilnimmt, bekräftigt die Auffassung, viele unterschiedliche Menschen am Prozess teilhaben zu lassen. Aus seiner Sicht begleitet die Firma „TOLLERORT“ das Projekt sinnvoll. Der Behindertenbeirat wird sich auch weiterhin in das Projekt einbringen und sieht sich dabei nicht nur als Vertreter von behinderten Menschen.

Frau Schmidt gibt auf Nachfrage an, dass sie sich exemplarisch andere Städte (Wedel, Glücksstadt) angesehen hat. Dort gibt es hauptamtliche Integrationsbeauftragte, die querschnittsmäßige strategische Planung leisten. Dies hat sich dort bewährt. Sie zeigt sich allerdings ratlos über die Aussage, dass die Stadt Ahrensburg noch am Anfang des Projektes stehen, da ihr Netzwerk bereits vor Jahren darauf hingewiesen hat, dass das Ehrenamt die Aufgabe nicht mehr allein bewältigen kann und dringend Abhilfe geschaffen werden muss.

Die Beschlussfassung wird auf die nächste Sitzung des Sozialausschusses am 14.12.2021 vertagt.

9. Überprüfung möglicher Maßnahmen zur Konsolidierung des städtischen Haushalts

Es werden die einschlägigen Maßnahmen besprochen und zur Kenntnis genommen.

10. Erlass der Haushaltssatzung für die Haushaltsjahre 2022/2023

Die Verwaltung erläutert die Haushaltsansätze sowie die Änderungen in der 1. Veränderungsliste, die den Ausschussmitgliedern vorab zur Verfügung gestellt wurde.

Es werden folgende Fragen gestellt.

PSK: 36200.1211001: Gibt es bereits einen Förderbescheid für die Villa Kunterbunt?

Antwort der Verwaltung:

Die Maßnahme ist in der Liste des Städtebauförderungsprogramms enthalten. Die Planungen laufen. Vor der konkreten Antragstellung wird ein Beschluss der städtischen Gremien eingeholt.

PSK: 36515.5211010: Sind die geplanten Arbeiten für 2022 neue Projekte oder handelt es sich dabei um geschobene Projekte aus 2021?

Antwort der Verwaltung:

In 2021 wurden folgende Arbeiten erledigt: Herstellung des Geländers am Fluchtweg, Austausch der Leuchten an der Zuwegung, Kellerschachtabdeckung, Reparatur Schuppendach. Folgende Arbeiten sind für 2022 geplant: Pflasterarbeiten, Herstellung von Stufen, Anschaffung und Installation Sonnensegel.

PSK: div. Konten.5291000: Hat die pauschale Kürzung in den 52er Konten Einfluss auf die Durchführung von Freizeitfahrten?

Antwort der Verwaltung:

Das Jugendfest unter 36200.5291000 kann nicht stattfinden. Die geplanten Ferienfahrten unter 36610.5291000 müssen wegfallen. Das hat auch Folgen für die Erträge (Teilnehmerbeiträge). Damit reduziert sich das PSK: 36610.4461000 um jeweils 1.000 € in 2022 und in 2023. Im PSK: 36515.5291000 kann somit die in 2022 geplante Kanutour nicht stattfinden. Dies hat die Reduzierung von Teilnehmerbeiträgen unter 36515.4461000 um 1.000 € zur Folge. In 2023 muss die 70-Jahrfeier erheblich kleiner ausfallen. Die geplante Ferienfahrt unter 36620.5291000 muss wegfallen. Es reduzieren sich damit die Teilnehmerbeiträge unter 36620.4461000 um 2.000 €. Im PSK: 36625.5291000 kann das geplante Sommerfest nicht stattfinden und die geplanten Ferienfahrten sind nicht zu 100 % finanziert. Das geplante Zirkuscamp muss in 2023 wegfallen. Dies hat Folgen für die Teilnehmererträge. Das PSK: 36625.4461000 reduziert sich in 2022 um bis zu 13.000 € und in 2023 um bis zu 23.000 €.

PSK: 36620.0900000: Soll in 2023 tatsächlich ein Windfang hergestellt werden?

Antwort der Verwaltung:

Es ist geplant, einen Windfang vor dem Haupteingang zu bauen, um insbesondere im Winter die Kälte besser abzuhalten.

PSK: 36630.xxx Gibt es Aussagen vom „42“, dass die finanzielle Situation durch die Corona-Pandemie angespannt ist?

Hinweis der Verwaltung:

Die Antwort der Verwaltung folgt in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses.

11. Anfragen, Anregungen, Hinweise

Eine Vertreterin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen fragt an, ob die öffentlich geförderten Wohnung im Bauprojekt Bogenstraße vorrangig an Ahrensburger vergeben werden. Die Verwaltung teilt mit, dass im 2. Förderweg der Investor nachweisen muss, vorrangig Ahrensburger berücksichtigt zu haben.

gez. Doris Brandt
Vorsitzende

gez. Silva Krause
Protokollführerin